

Hans-Gerd Öfinger

Wahlalternative oder Partei?

Frankfurt/Main: Initiative »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« beriet über nächste politische Aktivitäten. Über hundert Interessierte aus Hessen – fast doppelt so viele wie beim letzten Mal – trafen sich am Sonntag nachmittag in Frankfurt am Main, um die Ziele der Initiative »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« zu besprechen und die weitere Aufbauarbeit in den einzelnen Regionen des Landes zu beraten. Eingeladen hatte ein Initiativkreis um den früheren DGB-Landesvorsitzenden Dieter Hooge, Werner Dreibus von der IG-Metall-Verwaltungsstelle Offenbach und den langjährigen Vorsitzenden des Landes- und Bundesausländerbeirats, Murat Cakir (Kassel). Gekommen waren Menschen aller Generationen, unter ihnen viele Betriebsräte und Gewerkschafter wie auch etliche Mitglieder und Mandatsträger von SPD, PDS und DKP – und solche, die kürzlich ihr SPD-Parteibuch abgegeben haben. Allein in Hessen haben laut Hooge bereits mehr als 500 Menschen Kontakt zur Initiative aufgenommen.

Eingangs rechnete Dr. Thomas von Freyberg vom Frankfurter Sozialinstitut mit den »Torheiten« der aktuellen Politik der Bundesregierung ab. Die agierenden Politiker führten sich wie »Quacksalber« auf, die, statt ihre gescheiterte Therapie zu überprüfen, ständig nur die Dosis erhöhten. Dabei seien Reformen im Interesse der arbeitenden Menschen möglich – ohne die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen, wie Freyberg betonte. Hierzu zählte er verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung und eine steuerfinanzierte Grundsicherung. Allerdings sei derlei ohne eine Umkehr der mittlerweile 30 Jahre andauernden Umverteilungspolitik von unten nach oben nicht zu haben. Dabei sei die amtierende Bundesregierung keineswegs das »kleinere Übel«.

In der lebhaften Aussprache wurde eine große Bandbreite individueller Meinungen und Erfahrungen sichtbar. So hoben mehrere Diskussionsredner die Notwendigkeit hervor, das Ziel eines Systemwechsels nicht aus den Augen zu verlieren. Andere betonten, der Kapitalismus lasse sich derzeit nicht aus den Angeln heben. Der Frankfurter PDS-Stadtverordnete Heiner Halberstadt, der früher schon zweimal aus der SPD ausgeschlossen worden war, warnte vor der Illusion, man könne den Kapitalismus sozial zähmen und demokratisch kontrollieren. Ein ver.di-Mitglied sprach sich gegen eine künstliche Trennung von Reform und Revolution aus und zog aus der aktuellen Erfahrung in Venezuela den Schluß, daß schon echte Sozialreformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung den erbitterten Widerstand der Herrschenden hervorriefen und mit revolutionären Mitteln verteidigt werden müßten.

Einige Redner drängten auf eine rasche Parteigründung, um »rechten Rattenfängern« das Wasser abzugraben. Schon allein die Aussage, eventuell eine neue Linkspartei gründen zu wollen, habe viel Zuspruch gebracht, berichtete Murat Cakir, der in der vergangenen Woche aus der SPD ausgetreten war. Auch die Notwendigkeit einer engagierten parlamentarischen Vertretung sozialer Bewegungen wurde in mehreren Diskussionsbeiträgen angesprochen, wobei nur ein Redner konkret wurde und für die anstehende Europawahl die PDS empfahl, um mit Sahra Wagenknecht und Tobias Pflüger Vertreter des außerparlamentarischen Protestes im Parlament zu haben.

Bei allen Meinungsunterschieden waren die Teilnehmer des Treffens bemüht, vor allem über »das Verbindende« zu reden und die Initiative vor Ort zu verankern. Sie tauschten Adressen aus und vereinbarten regionale Treffen. In Kassel wird nach Aussage von Murat Cakir schon am morgigen Mittwoch ein regionaler Stützpunkt gebildet.

Noch ist für die Initiative die Parteigründung keine beschlossene Sache. Werner Dreibus erläuterte den Fahrplan für die kommenden Monate: Bis Juni will man politische Positionen zu Papier bringen und diese in den Sommermonaten bundesweit breit diskutieren. Weitere Arbeitstreffen in Hessen und auf Bundesebene sind für die zweite Junihälfte geplant. Im Herbst sollen aus den Diskussionen strategische und organisatorische Konsequenzen gezogen werden. Dann könne unter allen Unterstützern – es sind mittlerweile bundesweit mehrere tausend – eine Urabstimmung durchgeführt werden.

Wie bereits berichtet, wollen die vor zwei Monaten zeitgleich entstandenen Initiativen »Wahlalternative« und »Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« an einem Strang ziehen und nicht gegeneinander arbeiten. Obwohl »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« die Gründung einer neuen Partei nur als eine von mehreren Optionen betrachtet, hatte der SPD-Apparat gegen die Unterzeichner des Gründungsappells ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Als erster ist nun der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Herbert Schui für Mitte Mai vor die Schiedskommission des niedersächsischen SPD-Landesverbandes geladen worden. Offensichtlich, so Dreibus, wisse die Partei um die negative Signalwirkung des Parteiausschlusses von engagierten Gewerkschaftern und

Kritikern des Sozialabbaus und gehe daher behutsam vor. So wurde in Hessen bisher kein Verfahren gegen das langjährige SPD-Mitglied Dieter Hooge eingeleitet.

junge Welt 27.04.2004